



über die 3. Sitzung
des **Haupt- und Finanzausschusses**
am Dienstag, 19. Juni 2001
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Dyduch
Frau Filthaut
Frau Gube
Frau Hartig
Herr Henning
Herr Hupe
Herr Lipinski
Frau Lungenhausen
Herr Madeja
Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Herr Ebbinghaus
Herr Hasler
Herr Hitz
Herr Kissing
Frau Middendorf
Frau Scharrenbach
Herr Schneider

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Schneider

Beratendes Mitglied F.D.P.

Herr Bremmer

Verwaltung

Herr Baudrexl
Herr Brüggemann
Herr Erdtmann
Herr Flaskamp
Herr Hünervogt
Herr Lantin
Frau Schwenzner
Herr Sostmann
Herr Tost

entschuldigt fehlten
Herr Behrens
Herr Drescher
Herr Etzold

Herr Bürgermeister **Erdtmann** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Einvernehmlich wurden die Tagesordnungspunkte A. 1 und 2 ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	1. Änderung der Betriebssatzung für das Städt. Hellmig-Krankenhaus Kamen	88/2001
2.	34. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kamen für einen Bereich östlich der Straße "Auf den Kämpen" im Stadtteil Südkamen hier: Feststellungsbeschluss	123/2001
3.	Regionales Einzelhandelskonzept für das östliche Ruhrgebiet und angrenzende Bereiche hier: Beschluss über die interkommunale Vereinbarung	127/2001
4.	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für öffentliche Spielbereiche mit dringendem Erneuerungsbedarf unter ökologischen und pädagogischen Gesichtspunkten in Kamen (HhSt. 460.94072) hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	112/2001
5.	Bauvorhaben Erneuerungsmaßnahmen in der Josefschule, vorher: VHS II. - Baudenkmal - hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung für eine überplanmäßige Ausgabe der HhSt. 210.95015	121/2001
6.	Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für 2002	117/2001
7.	Bürgeranregung auf Reparatur einer Fahrbahnunebenheit und auf Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h im Bereich der Wohnbebauung der Westicker Straße	131/2001
8.	Kooperation Schule – Jugendhilfe hier: Antrag der CDU-Fraktion	
9.	Zukunft des Drachenfestivals KITE hier: Antrag der CDU-Fraktion	
10.	Offene Jugendarbeit in Kamen hier: Antrag der CDU-Fraktion	138/2001

11. Bericht über die Einführung und die Umsetzung eines Gebäudemanagements in der Stadtverwaltung Kamen
hier: Antrag der CDU-Fraktion
12. Bewirtschaftung der Konzertaula und Nutzung der Aula für Veranstaltungen unter dem Management der KBG
hier: Antrag der CDU-Fraktion
13. Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Grundstücksangelegenheiten	
1. 1	Grundstücksverträge	
1. 1.1	Grundstückskaufvertrag Stadt Kamen / Herr Frank Timmermann vom 07.06.2001 (UR-Nr. 143/2001 des Notars Dr. Eickelberg in Schwerte)	142/2001
1. 2	Bericht über Grundstücksangelegenheiten gem. § 16 Abs. 3 a der Hauptsatzung	
2.	Einstellung eines Oberarztes in der Inneren Abteilung des Städt. Hellmig-Krankenhauses Kamen hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	110/2001
3.	Vergabeangelegenheiten	
3. 1	Abschluss eines Rahmenvertrages für die Anschaffung von Personalcomputern	116/2001
3. 2	Anschaffung eines vollhydraulischen Großflächenmähers - als Ersatz für den 1992 erworbenen Mäher vom Typ "SABO - 1900-5 D"	105/2001
4.	Stundung eines Erschließungsbetrages	126/2001
5.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
6.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

88/2001 1. Änderung der Satzung für das Städt. Hellmig-Krankenhaus Kamen

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 2.

123/2001 34. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kamen für einen Bereich östlich der Straße "Auf den Kämpen" im Stadtteil Südkamen hier: Feststellungsbeschluss

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 3.

127/2001 Regionales Einzelhandelskonzept für das östliche Ruhrgebiet und angrenzende Bereiche hier: Beschluss über die interkommunale Vereinbarung

Herr **Hupe** begrüßte seitens der SPD-Fraktion den Beschlussvorschlag, der alle wichtigen Punkte umfasse und für die schlüssige Umsetzung des Konzeptes erforderlich sei. Ein weiterer folgerichtiger Schritt, so Herr Hupe, sei die von seiner Fraktion beantragte Analyse der Einzelhandelsstrukturen in Kamen.

Die CDU-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag ebenfalls zu, sagte Herr **Kissing**. Da das innere Verfahren nicht geregelt sei, bleibe allerdings die Frage der Zuständigkeit bei der Konsenssuche offen. Diese Frage sei aber nicht von Kamen allein, sondern im Prozess mit den anderen Beteiligten zu klären. Für die CDU-Fraktion stehe außerdem noch die Frage nach dem Erfordernis für die Erstellung eines externen Gutachtens über den Einzelhandelsstandort Kamen offen. Wie in der Ratssitzung dargelegt, solle aber zunächst das von der Verwaltung aufzubereitende Zahlenmaterial abgewartet werden. Herr Kissing führte weiter aus, dass – wie auch von der Bezirksregierung deutlich gemacht werde – Lösungen im Entwicklungshandeln immer stärker gefordert werden. In diesem Zusammenhang kritisierte Herr Kissing eine Presseaussage der SPD-Fraktion in bezug auf das Gewerbegebiet Kamen/Unna. Die Thematik sollte als Tagesordnungspunkt für die Sitzung der Kommission Wirtschaftsförderung und Liegenschaften aufgenommen werden.

Herr **Erdtmann** machte deutlich, dass es sich lediglich um Mutmaßungen gehandelt habe. Über einen Sachstand, der für die Kommission relevant gewesen wäre, wäre auch mit Sicherheit in der Sitzung berichtet worden. Das interkommunale Handeln habe für ihn, unabhängig davon, dass Kamen natürlich die erste Priorität genieße, einen hohen Stellenwert.

Die SPD-Fraktion habe gegenüber der Presse lediglich die Reihenfolge der Schritte beschrieben, stellte Herr **Hupe** richtig. Die weitergehenden Überlegungen in der Berichterstattung seien nicht von seiner Fraktion geäußert worden.

Herr **Bremmer** erklärte, dass seine Fraktion den Beschlussvorschlag mittrage. Die Zusammenarbeit im Kreis Unna sei für kleinere Kommunen im Hinblick auf die Gefahr, dass größere Städte bevorzugt werden könnten, sehr wichtig.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt das „Regionale Einzelhandelskonzept für das östliche Ruhrgebiet und angrenzende Bereiche (REHK) zustimmend zur Kenntnis und stimmt dem Vorschlag zu, eine interkommunale Vereinbarung mit folgenden Inhalten zu treffen:

- die gegenseitige Information über Einzelhandelsvorhaben mit überörtlicher Bedeutung;
- die Bereitschaft zur nachbarlichen Erörterung im Kreis betroffener Kommunen mit dem Ziel, einen regionalen Konsens herzustellen;
- das Einverständnis, das REHK-Gutachten inhaltlich und verfahrensmäßig zur Gesprächsgrundlage zu machen;
- die Verpflichtung zu Datenpflege und Datenaustausch nach einem vereinbarten Verfahren als Gesprächs- und Beurteilungsgrundlage für überörtlich bedeutsame Ansiedlungen;
- die Verpflichtung, die im regionalen Konsens getroffenen Vereinbarungen durch entsprechende planungsrechtliche Maßnahmen einzuhalten und umzusetzen.

Die am REHK beteiligten Städte und Gemeinden bitten die Einzelhandelsverbände, die Industrie- und Handelskammern, Bezirksregierungen und Kreise, das REHK auch bei der Umsetzung zu unterstützen. Denn das REHK kann nur im regionalen Konsens aller Beteiligten verwirklicht werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

112/2001

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für öffentliche Spielbereiche mit dringendem Erneuerungsbedarf unter ökologischen und pädagogischen Gesichtspunkten in Kamen (HhSt. 460.94072)
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Beschlussempfehlung:

Die nachfolgende gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 2 Satz 2 GO NW genehmigt:

Bei der HhSt 460.94072 - Ersatzbeschaffung und Erstausrüstung für Bolz- und Kinderspielplätze - werden überplanmäßig 493.800,00 DM zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

121/2001

Bauvorhaben Erneuerungsmaßnahmen in der Josefschule, vorher: VHS II. - Baudenkmal -
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung für eine überplanmäßige Ausgabe der HhSt. 210.95015

Beschlussempfehlung:

Die nachfolgend entsprechend § 60 Abs. 2 S. 1 Gemeindeordnung NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird entsprechend § 60 Abs. 2 S. 2 Gemeindeordnung NW genehmigt:

Bei der HhSt. 210.95015 – Erneuerungsmaßnahme in der Josefschule, vorher: VHS-Haus II – Baudenkmal – werden überplanmäßig 450.000,00 DM zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

117/2001

Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für 2002

Auf die Nachfrage von Herrn **Kissing** nach dem Umfang der Ausbildungsplätze des Vorjahres teilte Herr **Baudrexl** mit, dass die Zahl der Ausbildungsplätze im vergangenen Jahr geringfügig höher gewesen sei. In diesem Jahr beschränkten sich die Plätze auf verwaltungstypische Ausbildungsverhältnisse.

Frau **Dyduch** begrüßte, dass sich die Stadt Kamen im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen einsetze. Es sei aber dennoch richtig, nicht über Bedarf auszubilden.

Auch die CDU-Fraktion habe bereits bei den Stellenplanberatungen deutlich gemacht, dass die bereitgestellten Ausbildungsplätze begrüßt werden, sagte Herr **Hasler**. Bei den Ausbildungsstellen müsse zum einen der Bedarf und zum anderen die Perspektive auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt werden. Herr Hasler fragte an, ob die Verwaltung ein Konzept über den voraussichtlichen zukünftigen Bedarf erarbeitet habe und damit bereits bei der Einstellung Aussagen über die Übernahmemöglichkeiten machen könne.

Herr **Baudrexl** antwortete, dass eine Zukunftsprognose schwierig sei. Dies werde am Beispiel des Erziehungsurlaubes deutlich. Da aber bedarfsorientiert ausgebildet werde, könne für die Verwaltungsberufe bei entsprechender Leistung eine Übernahmezusage gegeben werden. Die Ausbildung in den anderen Bereichen sei ein Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Zu TOP 7.

131/2001

Bürgeranregung auf Reparatur einer Fahrbahnunebenheit und auf Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h im Bereich der Wohnbebauung der Westicker Straße

Beschluss:

Die Anregung des Familie Pilch, Westicker Str. 11, 59174 Kamen, und weiterer Anwohner der Westicker Straße auf Reparatur von Fahrbahnunebenheiten im Bereich der Westicker Str. 11 und 9 und auf Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h im Bereich der Wohnbebauung der Westicker Str. wird zur Beratung und Beschlussfassung an den Straßenverkehrsausschuss bzgl. Geschwindigkeitsbegrenzung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.

Kooperation Schule - Jugendhilfe
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Dyduch** legte dar, dass nach Auffassung der SPD-Fraktion die bestehende Ausschusstruktur beizubehalten und nicht aufzuweichen sei. Gemeinsame Sitzungen machten nur im Ausnahmefall bei notwendigen Beschlüssen Sinn. Die wesentlichen Themen seien in den jeweiligen Fachausschüssen zu behandeln. Die Kooperation zwischen den Schulen und der Jugendhilfe sei keine Schnittstelle für eine neue Diskussion. Zudem existiere mit der Stadtkonferenz bereits ein Gremium für die angesprochene Themenauswahl. Die Stadtkonferenz erziele gute Ergebnisse für die Praxis, wie das Beispiel "Streetwork" zeige. Die SPD-Fraktion lehne den Antrag ab.

Die CDU-Fraktion erkenne die Arbeit der Stadtkonferenz an, betonte Herr **Kissing**. Die Konferenz tage jedoch nichtöffentlich, so dass die Fraktion nur durch ihre Vertreter in der Stadtkonferenz und die Niederschriften informiert werde. Herr Kissing bat darum, im Ausschuss eine Zwischenbilanz vorzutragen und über die augenblickliche Situation sowie die Ziele zu berichten.

Herr **Erdtmann** stellte richtig, dass er selbst wiederholt im Haupt- und Finanzausschuss einen Zwischenbericht abgegeben habe.

Einen Hinweis auf die Sondergesetzlichkeit der beiden Fachausschüsse hätte sie als Gegenargument verstanden, sagte Frau **Scharrenbach**, nicht aber die von Frau Dyduch vorgetragene Auffassung. So könnten sich, z.B. bei der Migrantenthematik, sehr wohl Synergieeffekte in einer gemeinsamen Sitzung ergeben. Die CDU-Fraktion bemängelte zudem die Nichtöffentlichkeit der Stadtkonferenz. Durch eine öffentliche Behandlung der Themen könnten ihrer Meinung nach die Ergebnisse noch verbessert werden.

Frau **Schneider** sah nur bei konkreten Maßnahmen einen Bedarf für eine gemeinsame Sitzung. Kooperation sei erforderlich; nicht aber die Einrichtung eines neuen Gremiums, in dem wieder nur über und nicht mit den Jugendlichen geredet werde. Die Stadtkonferenz sei ein guter Anfang.

Frau **Dyduch** unterstrich, dass die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe ohnehin selbstverständlich sei und zur laufenden Arbeit gehöre. Darüber hinaus gebe es die Sozialraumkonferenzen und auch die jugendpolitischen Konferenzen. Der Antrag der CDU-Fraktion richte sich grundsätzlich gegen die Ausschusstruktur.

Die Sozialraumkonferenzen, wandte Frau **Scharrenbach** ein, tagten leider seit einiger Zeit nicht und seien bis Anfang des nächsten Jahres verschoben worden. Es gebe genügend Themen, die dazu veranlassten, die Potentiale beider Fachausschüsse in einer gemeinsamen Sitzung zu nutzen.

Frau **Lungenhausen** führte aus, dass zu allen aufgeführten Punkten ohnehin ständig Diskussionen geführt, Zwischenberichte gegeben und nicht zuletzt effektive Arbeit geleistet werde.

Die Anfrage von Herrn **Bremmer**, ob für die Festlegung des öffentlichen bzw. nichtöffentlichen Status der Stadtkonferenzen der Rat zuständig sei, wurde von Herrn **Erdtmann** bejaht. Der Erfolg der Stadtkonferenzen ergebe sich aber gerade durch die Nichtöffentlichkeit. Da es sich vorwiegend um sensible Bereiche handele, sei es leichter und effektiver, Themen nichtöffentlich zu besprechen und die Probleme auch wirklich zu benennen.

Herr **Hupe** unterstrich die Aussagen von Herrn Erdtmann. Die 4 Punkte des Antrages machten deutlich, dass zu diesen Themen in öffentlicher Sitzung nur grundlegend diskutiert werden könne. Alle Themen würden in den Stadtkonferenzen effektiv behandelt und gehörten zudem zum Tagesgeschäft der Schulen.

Herr **Erdtmann** ließ sodann über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Antrag wurde bei 7 Ja-Stimmen mit Mehrheit abgelehnt.

Zu TOP 9.

Zukunft des Drachenfestivals KITE
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Scharrenbach** erinnerte an die Presseberichterstattung über die ungesicherte Finanzierung des Drachenfestivals Kite noch im Frühjahr des Jahres. Um dem Veranstalter mehr Planungssicherheit zu geben, die Veranstaltung zu erhalten und den Stellenwert der Veranstaltung für die Stadt zu unterstreichen, beantrage die CDU-Fraktion die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das kommende Jahr. Außerdem sollte die Veranstaltung auch offiziell unter Stadtmarketinggesichtspunkten für die Stadt Kamen genutzt werden. Durch die Einbindung von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolge auch bereits jetzt eine indirekte Förderung durch den kommunalen Haushalt.

Frau **Dyduch** zeigte sich zunächst erfreut über den großen Erfolg von Kite 2000. Für die Veranstaltung seien schon seit einigen Jahren keine städtischen Mittel mehr bereitgestellt worden. Nach intensiven Anstrengungen im Vorfeld sei in diesem Jahr ein neues Konzept erarbeitet worden. Um das Konzept bewerten zu können, müsse die Abrechnung abgewartet werden. Eine kommunale Finanzierung sei bei der derzeitigen Haushaltslage nicht möglich und werde auch als nicht angebracht angesehen. Die Veranstaltung werde auch ohne städtische Mittelbereitstellung im nächsten Jahr nicht gefährdet sein.

Die Finanzierung, so Herr **Brüggemann**, sei im Jugendhilfeausschuss besprochen worden. Insofern überrasche es ihn, dass diese Diskussion nicht auch zunächst im Jugendhilfeausschuss geführt wird. Die Aussage des Kämmerers, dass Kite sich selbst tragen müsse, werde gestützt. Die Schlussabrechnung werde in ca. 4 Wochen vorliegen. Der gute Zuspruch der Veranstaltung lasse möglicherweise sogar einen Überschuss erwarten, der dann evtl. als Rücklage für kommende Veranstaltungen zur Verfügung stehen könne.

Auf die Fragen des Antrages eingehend antwortete Herr Brüggemann, dass die Zuständigkeit geprüft werde. Eine Fremdvergabe sei in Betracht gezogen worden. Die Veranstaltung sei von der Stadt personell unterstützt worden. Von 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seien insges. ca. 250 Stunden erbracht worden. Zur dritten Frage führte Herr Brüggemann aus, dass bereits jetzt eine hervorragende Kooperation stattfinde. Die Gesamtfinanzierung sei nach dem Modell des Jahres 2001 und der möglichen Rücklage gesichert.

Herr **Hasler** betonte, dass die Veranstaltung Kite für die CDU-Fraktion einen sehr hohen Stellenwert habe. Das Drachenfestival sei mittlerweile von überörtlicher Bedeutung und mache Kamen positiv bekannt. Ferner sei es eine hervorragende Ergänzung zum Frühlingmarkt und auch für das Stadtmarketing von Bedeutung. Das finanzielle Risiko, wie es noch im Februar dieses Jahres bestanden habe, könne durch die Mittelbereitstellung verhindert werden. Da die Veranstaltung traditionsgemäß im Mai stattfinde, stünden nicht benötigte Mittel bereits frühzeitig wieder zur Verfügung. Für andere Veranstaltungen der Stadt, z.B. Sportgala, Altstadtfest, würden ebenfalls Mittel bereitgestellt. Die CDU-Fraktion glaube zwar auch, dass sich Kite selbst tragen könne. Es fehle aber die Sicherstellung.

Kite sei nicht nur für die CDU-Fraktion wichtig, machte Frau **Schneider** deutlich. Die Abrechnung der diesjährigen Veranstaltung sollte abgewartet werden. Auf der Grundlage des Ergebnisses könne dann neu diskutiert werden.

Im Hinblick auf die Wichtigkeit von Kite stimme die SPD-Fraktion mit den Ausführungen von Herrn Hasler überein, unterstrich Herr **Hupe**. Die Veranstaltung werde von seiner Fraktion seit langem begleitet. Unter dem Begriff "Stadtmarketing", führte Herr Hupe weiter aus, werde inzwischen jedes Thema erfasst. Hier sei eine gemeinsame Sprachregelung zu erarbeiten. Bereits seit einigen Jahren seien keine Haushaltsmittel mehr veranschlagt worden, obwohl die Durchführung in der Vergangenheit schon viel gefährdeter schien. Jetzt solle aber erst das Ergebnis des veränderten Konzeptes abgewartet werden. Kite sei immer unterstützt worden und werde es auch weiterhin.

Herr **Erdtmann** hob hervor, dass die Verwaltung immer ohne Einschränkungen zu Kite gestanden habe.

Die eigene Mitwirkung bei Kite von Beginn an wurde auch von Herrn **Ebbinghaus** dargelegt.

Die FDP-Fraktion stehe ebenfalls zu Kite, sagte Herr **Bremmer**. Ein städtischer Zuschuss werde aber abgelehnt, da die Veranstaltung auch frei zu finanzieren sei. Sicher sei aber auch, dass die Verwaltung evtl. Probleme auffangen werde.

Herr **Hasler** sah den Antrag als sachlich begründet, unter dem Aspekt der noch ausstehenden Abrechnung aber vielleicht als zu früh eingebracht, an. Unverständlich für ihn sei aber die Ablehnung einer Mittelbereitstellung, da die Veranstaltung bei allen Fraktionen einen hohen Stellenwert habe. Solange der Stadtjugendring selbst sich nicht dahingehend äußere, dass städtische Mittel für nicht erforderlich gehalten werden, bleibe die Durchführung ein Risiko.

Von Herrn **Kissing** wurde das klare Bekenntnis aller Fraktionen zu Kite begrüßt. Für die letzten beiden Veranstaltungen sei im Hinblick auf die veränderte personelle Situation im Fachbereich Jugend viel Improvisation erforderlich gewesen. Der städtische Zuschuss belaufe sich bereits jetzt für Personalkosten, Telefon- und Portogebühren etc. auf mindestens 40.000,-- DM. Durch die Bereitstellung eines Zuschusses werde die Unterstützung durch die Stadt deutlich. Abschließend bezog sich Herr Kissing auf die aktuelle Information über die Neuorganisation der Verwaltung. Hiernach seien die Aufgaben Stadtmarketing und Veranstaltungen in einem Bereich angesiedelt worden.

Herr **Ebbinghaus** regte an, anstelle der Zuschussgewährung eine Ausfallbürgschaft zu übernehmen.

Frau **Dyduch** erinnerte Herrn Kissing an die früheren Diskussionen im Jugendhilfeausschuss. Hieraus müsse ihm bekannt sein, dass die Zukunft von Kite nicht in Frage gestellt werden solle.

Fakt sei, erklärte Herr **Baudrexel**, dass es Kite ohne städtische Unterstützung in dieser Form nicht mehr geben würde. Es habe sich auch gezeigt, dass sich bei einer Zuschussgewährung nicht die gewünschte Kreativität entwickle. Zudem habe sich die Stadt immer als Ausfallbürge gesehen.

Anschließend ließ Herr **Erdtmann** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wurde bei 7 Ja-Stimmen mit Mehrheit abgelehnt.

Zu TOP 10.

138/2001

Offene Jugendarbeit in Kamen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass die Beteiligung des Personalrates für die Übernahme des Mitarbeiters noch nicht abgeschlossen sei. Seitens des Personalrates sei aber Zustimmung signalisiert worden.

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird hinsichtlich der konzeptionellen Fragen unter Hinweis auf die Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses zur Offenen Jugendarbeit in der Sitzung am 30.01.2001 abgelehnt. Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Nachbesetzung der freien Planstellen bereits vor Antragstellung organisiert war.

Abstimmungsergebnis: bei 7 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Bericht über die Einführung und die Umsetzung eines Gebäudemanagements in der Stadtverwaltung Kamen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Baudrexl** nahm zunächst Bezug auf den Bericht in der Parlamentarischen Kommission Verwaltungsreform vom 24.01.1996, in dem noch unterschiedliche Zuständigkeiten mit 11 zuständigen Ämtern beschrieben worden seien. Danach sei sukzessive eine Neustrukturierung erfolgt und in Teilen auch eine Dezentralisierung vorgenommen worden. Hierbei berücksichtigt wurden die Zuständigkeiten der "Eigentümer", z.B. Schulen zur Schulverwaltung. Gleiches erfolgte auch bei den bis dahin zentral bearbeiteten Aufgaben, wie Abgaben, Versicherungen, Energiekosten etc. Zu berücksichtigen sei auch, unter welchen Aspekten Gebäude konzipiert und errichtet werden. So seien den Schulen Sporthallen angegliedert, weil diese ursprünglich für den Schulsport errichtet worden seien. Zwischenzeitlich erfolge in allen Hallen auch eine Vereinsnutzung.

Die Zuständigkeit für Gebäude, so Herr Baudrexl weiter, sei heute 5 Fachbereichen übertragen. Als Vorteile zu nennen seien u.a. die direkten Zugriffe, das direkte Erkennen möglicher Abweichungen und Unklarheiten. Zudem werde das Bewusstsein für die Gebäude und ihre Kosten geweckt. Im Zuge dieser Aufgabenübertragung hätten sich auch die erwarteten Vorteile bestätigt. So wurden u.a. versteckte doppelte Risikoabdeckungen bei Versicherungen erkannt. Ab 01.01.1998 wurde ein Controlling für Versicherungen und Gebäudeverwaltung darüber gelegt. Es wurden zudem zwei Stellen für Mitarbeiter eingerichtet, die die Aufgabe hatten, einerseits im Bereich Stromversorgung Leistungsmessungen durchzuführen, hierdurch übermäßige Verbräuche festzustellen und diese im Rahmen einer Optimierung auch abzustellen. Im Bereich Heizung/Klima erfolgte durch den zuständigen Mitarbeiter eine Überprüfung und Optimierung der vorhandenen Anlagen. In allen Verbrauchsbereichen seien die Verbrauchszahlen und -kosten analysiert worden. Herr Baudrexl unterstrich, dass die Erfolge anhand der Zahlen in den Rechenschaftsberichten abzulesen, aber auch an kleinen Beispielen auszumachen seien.

Zum 01.01.2001 seien dann die Gebäudebewirtschaftung und Gebäudebetreuung zusammengeführt worden. Die Zuständigkeit erstreckte sich zentral für alle Gebäude auf die Gebäudereinigung und -unterhaltung, sowie teilzentral auf die Verwaltung und Hausmeisterdienste für zugewiesene Dienstgebäude und Mietwohnungen. Erfolge verzeichneten sich bei den Energieeinsparungen, Einsparungen bei den Versicherungen, Verbesserung der Mieteinnahmen sowie Anpassung der Mietverträge. Allein im Jahr 2000 habe bei den Bewirtschaftungskosten eine Haushaltsverbesserung von 23 % erzielt werden können.

Die CDU-Fraktion verkenne, dass die Verwaltungsstrukturreform kein statischer Akt sei. Zudem habe sich Kamen dafür entschieden, nicht mit radikalen Einschnitten bestehende und funktionierende Strukturen zu verändern, sondern behutsam Optimierungspotentiale zu nutzen. Es sei nicht nur eine Stelle eingerichtet, sondern zwei Gruppen zu einer Einheit zusammengeführt worden. Die Gebäudebewirtschaftung beziehe sich nicht nur auf die Mietwohnungsimmobilien. Dazu gehörten vielmehr auch die Verwaltungsgebäude, wie Rathaus, Villa, Archiv/Museum, Bücherei, VHS-Gebäude, Galenhof/Musikschule, Bauhof, Trauerhallen/Friedhofsgebäude, die Schulgebäude (einschl. Konzertaula und Studiobühne)

sowie die dazugehörigen Sporthallen, die Umkleidegebäude der Sportplätze, die Jugendfreizeitzentren, die Übergangwohnheime und die Feuerwehr einschl. der Gerätehäuser in den Stadtteilen. Diese Gebäude werden von den unterschiedlichsten Fachbereichen genutzt und derzeit auch verwaltet. Der Nutzer müsse entscheiden, wie sein Gebäude genutzt, saniert, renoviert und gepflegt wird. Dazu müssen ihn Fachleute verschiedener Sparten unterstützen, z.B. Hoch- und Tiefbauingenieure, Gärtner, Juristen etc. Dieser gesamte Sachverstand und das Fachwissen seien in der Verwaltung vorhanden. Ihn zur richtigen Zeit abzurufen und sinnvoll einzusetzen sei Aufgabe einer effektiven Organisationsform.

Nach Ansicht der CDU-Fraktion, führte Herr Baudrexl weiter aus, bedürfe die Bewirtschaftung städtischer Gebäude unter dem Gesichtspunkt fehlender Haushaltsmittel besonderer Aufmerksamkeit. Gerade diesem Aspekt trage die Verwaltung mit der gewählten Organisationsform Rechnung. Zum befürchteten Sanierungsstau und Substanzverfall verwies Herr Baudrexl auf die im Haushalt und Investitionsplan eingestellten Summen. Allein für den Erhaltungsaufwand stünden im Verwaltungshaushalt in diesem wie auch bereits in den vergangenen Jahren mehr als 1 Mio. DM zur Verfügung. Für investive Maßnahmen seien für das Jahr 1999 Mittel in Höhe von 7,6 Mio. DM, für das Jahr 2000 in Höhe von ca. 2,6 Mio. DM und in diesem Jahr von rd. 5 Mio. DM bereitgestellt worden. Nach Auffassung der CDU-Fraktion weise das Investitionsprogramm 2001 – 2004 auf viele notwendige Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen hin, deren Finanzierung nicht gesichert sei. Herr Baudrexl stellte klar, dass das Investitionsprogramm Grundlage der Finanzplanung und den Vorschriften entsprechend ausgeglichen sei. Dies bedeute, dass die Maßnahmen des Investitionsprogramms planmäßig sicher gestellt seien.

Herr **Kissing** bat um Mitteilung, ob es nicht zu finanzierende Bereiche gebe, z.B. Erneuerung von Energietechnik. Bezogen auf die kommende Änderung der Schulbauförderung fragte Herr Kissing weiter an, ob für die Stadt Kamen die neue pauschale oder die bisherige projektbezogene Zuweisung günstiger sei.

Auf die erste Frage eingehend antwortete Herr **Baudrexl**, dass im Rahmen der Contracting-Diskussion bereits gesagt worden sei, zunächst Potentiale aus eigener Kraft nutzen zu wollen. Hierdurch konnten auch bereits in erheblichem Umfang Einsparungen erzielt werden. Weitere Einsparungen seien natürlich durch neue technische Anlagen zu erzielen. Dies setze aber zunächst erhebliche Investitionen voraus.

Herr **Flaskamp** sah die veränderte Förderung im Allgemeinen als positiv an, da die Sanierung und Unterhaltung bisher nicht zuschussfähig gewesen seien. Bei anstehenden Schulneubauten wäre eine projektbezogene Förderung natürlich günstiger. Langfristig gesehen werde das Ergebnis mehrerer Jahre zu bewerten sein.

Der Vermögenshaushalt 2001 mache deutlich, so Herr **Hupe**, dass investive Möglichkeiten besprochen werden müssen. Die Probleme seien aber nur durch eine Verbesserung der Einnahmeseite zu lösen. Als positiv bewertete Herr Hupe die Erfolge der Gebäudebewirtschaftung.

Zu TOP 12.

Bewirtschaftung der Konzertaula und Nutzung der Aula für Veranstaltungen unter dem Management der KBG
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Kissing** war der Meinung, dass die CDU-Fraktion zu diesem Thema in der Vergangenheit missverständlich interpretiert worden sei. Ziel sei, überschaubare Gebäude unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu untersuchen und dann Möglichkeiten zu diskutieren.

Herr **Hupe** legte dar, dass die Bewirtung im Foyer und die technische Betreuung der Konzertaula bereits von der KBG übernommen worden seien. Die Betreuung der Aula selbst befinde sich in städtischer Regie. Mögliche Einspareffekte sehe er nur bei den Personalkosten und hier auch nur dann, wenn städtisches Personal durch Personal der KBG auf 630,-- DM-Basis ersetzt werde. Die Verlagerung von Kulturveranstaltungen müsse vom Charakter der Veranstaltungen her bewertet und fachlich beurteilt werden. Allerdings seien auch keine Einsparpotentiale durch Verlagerung zu erkennen. Diese Auffassungen vertrete im Übrigen auch der Geschäftsführer der Stadthallen-GmbH, betonte Herr Hupe, und verwies auf die entsprechenden öffentlichen Aussagen.

Auch für Frau **Schneider** waren mit Ausnahme der möglichen Einsparungen bei den Personalkosten keine weiteren Einsparungen ersichtlich. Andernfalls wäre es aber auch nur ein Umschichten im Haushalt.

Herr **Flaskamp** machte deutlich, dass es sich um eine Schulaula handele, die mit Schulbaumitteln gefördert worden sei. In der Konzertaula fänden jährlich lediglich ca. 35 außerschulische Kulturveranstaltungen statt, so dass sie für den überwiegenden Zeitraum der ursprünglichen Nutzung als Schulaula zur Verfügung stehe. Die Auslastung der Abo-Reihen sei enorm und auch durch die KBG nicht mehr zu steigern. Fakt sei, dass die Arbeit in der Konzertaula hervorragend laufe.

Die Ausführungen zeigten nach Meinung von Herrn **Kissing** eine starke Vermischung von Nutzern und Veranstaltungen auf. Die Konzertaula sei eine eigenständige Einheit und sollte auch so dargestellt werden. Eine Umstrukturierung des Kulturangebotes werde nicht angestrebt. Durch eine betriebswirtschaftliche Steuerung könnten aber evtl. Synergieeffekte herausgeholt werden. Da die Verwaltung mit der Untersuchung beauftragt werden sollte, bat Herr Kissing um eine Stellungnahme seitens der Verwaltung.

Herr **Baudrexl** hielt es für erforderlich, sich bei der Darstellung einer eigenen Haushaltsstelle erst einmal das Ziel zu vergegenwärtigen. Es handele sich nicht um eine Schule, der eine Aula angegliedert sei, sondern in erster Linie um eine Aula als Schulgebäude. Wie Herr Flaskamp bereits mitgeteilt habe, werde die Aula für ca. 35 außerschulische Veranstaltungen genutzt. Bei einer Trennung von Schule und Kultur stelle sich die Frage nach einer weiteren differenzierten Abrechnung. Zu berücksichtigen sei, dass eine Reihe gemeinsamer infrastruktureller Einrichtungen und Anlagen genutzt werde, wie Heizung, Wasser, Strom, Sanitär. Eine Trennung bedeute einen hohen finanziellen Aufwand, der nicht gerechtfertigt erscheine. Für eine eigenständige Haushaltsstelle müssten Schlüssel erarbeitet werden. Es stelle sich aber die Frage, welche Aussagekraft eine eigenständige Haushaltsstelle im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit etc. habe.

Herr **Hupe** wies auf die vorhandene Haushaltsstelle im Einzelplan 2 hin. Seinem Eindruck nach würden die Begriffe "Vermischung" und "Synergie" je nach Wunsch angewandt. Wenn das Ergebnis passe, werde von Synergie und im anderen Fall von Vermischung gesprochen. Herr Hupe sah in der Antragbegründung keine klare Zielsetzung. Im Bereich der KBG würden ohnehin alle Anstrengungen unternommen, die Gesellschaft auf einen guten Weg zu bringen. Die SPD-Fraktion lehne den Antrag ab, da die Verwaltung ohne klare Zielvorstellung nur unsinnig belastet würde.

Eine Kostenaufteilung sei ähnlich wie bei den Sporthallen, die auch dem Schul- und Vereinssport zur Verfügung stünden, kein Problem, sagte Herr **Hasler**. Intention des Antrages sei, Einsparungspotentiale durch die Analyse der Kosten zu suchen. Der Beschlussvorschlag beinhalte nur die Bitte um Prüfung durch die Verwaltung.

Frau **Schneider** fragte sich, wie mit einem Prüfergebnis umgegangen werde, das die Kosten für Kulturveranstaltungen aufzeige. Solange hierzu keine klare Aussage vorliege, lehne sie die Prüfung entschieden ab.

Auch bei einer Verlagerung der Kulturveranstaltungen zur Stadthalle, gab Herr **Flaskamp** zu bedenken, blieben die Vorhaltekosten für die Konzert-aula bestehen.

Herr **Baudrexl** stellte richtig, dass das Problem nicht in der Einrichtung von Kostenstellen gesehen werde, sondern in der Frage, was zum Beispiel unter "Bewirtschaftungskosten" im Einzelnen konkret verstanden werden solle.

Herr **Bremmer** unterstützte im Hinblick auf mehr Transparenz den Antrag zu den Ziffern 1 und 3.

Die ablehnende Haltung wurde von Herrn **Kissing** auch aus dem Grunde bedauert, weil die betriebswirtschaftliche Untersuchung der Konzert-aula seiner Meinung nach, wie für den Baubetriebshof bereits seit einigen Jahren gefordert, ein ideales Lernfeld für die Einführung der Betriebswirtschaft gewesen wäre.

Herr **Erdtmann** ließ sodann über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wurde bei 7 Ja-Stimmen mit Mehrheit abgelehnt.

Zu TOP 13.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

1. Herr **Erdtmann** teilte mit, dass ein neues Fachdezernat für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften, Stadtmarketing und Veranstaltungen eingerichtet werden solle. Die Leitung des Fachdezernates werde Herrn Sostmann übertragen. Die Umsetzung erfolge im Rahmen des Stellenplanes 2002. Um sich bereits jetzt schon intensiver auf die neuen Aufgabengebiete konzentrieren zu können, werde Herr Sostmann vom 01.07.2001 an von den Aufgaben "Büro des Bürgermeisters" und "Besondere Aufgaben" entbunden. Die nähere Beschreibung über die bisherige und neue Struktur der Aufgabengebiete, die unmittelbar dem Bürgermeister zugeordnet sind, sowie

die Gründe für die Einrichtung des Fachdezernates sind aus der Anlage zur Niederschrift ersichtlich.

Herr **Erdtmann** übergab die Sitzungsleitung an Herrn **Stahlhut** und nahm an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

2. Herr **Baudrexl** informierte, dass die Stadt Kamen zu einer Bürgerbeteiligung am 03.07.2001 – 19.00 Uhr – im Sitzungssaal II des Rathauses einladen werde. Allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern werde die Möglichkeit gegeben, die Planungen zur 27. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kamen sowie für den Bebauungsplan Nr. 20 Ka (Fläche zwischen dem ehemaligen Hof Volckermann, der Heerener Str. und der Bahnlinie Dortmund/Hamm) und den Bebauungsplan Nr. 67 Ka (Fläche zwischen dem alten und dem neuen Schattweg/östlich der Unnaer Straße) zu erörtern und sich hierzu zu äußern.

3. Herr **Baudrexl** berichtete, dass sich nach dem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung das Gesamtaufkommen der Einkommensteuer in Nordrhein-Westfalen reduziert habe. Es müsse davon ausgegangen werden, dass Kamen statt der prognostizierten ca. 26 Mio. DM nur ca. 25,8 Mio. DM zu erwarten habe. Da der Steuerrückgang bundesweit aber über 5 % betrage, seien die Zahlen noch mit Skepsis zu betrachten. Die Differenz könne noch als moderat bezeichnet werden.

Im Bereich der Gewerbesteuer, teilte Herr Baudrexl weiter mit, sei die Entwicklung wesentlich bedenklicher. Hier sei die Prognose gerechtfertigt, dass das Ergebnis am Jahresende statt der erhofften 22,5 Mio. DM nur ca. 19 Mio. DM betrage. Sollte sich die Entwicklung nicht verbessern, seien haushaltswirtschaftliche Maßnahmen nicht auszuschließen. Nach der Sommerpause werde erneut berichtet.

4. Herr **Brüggemann** gab einen Zwischenbericht über die Vergabe der Fördermittel "Kommunen gegen Rechtsextremismus". In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.02.2001 sei erläutert worden, nach welchen Kriterien die Mittel in Höhe von 46.734,-- DM verausgabt werden sollen. Den Antragstellern seien inzwischen aufgrund von Vorschlägen einer Arbeitsgruppe der Verwaltung ca. 40.000,-- DM in Aussicht gestellt worden. Davon sei rd. die Hälfte bereits in Anspruch genommen worden. Zu nennen seien die Maßnahmen der Bürgerinitiative Zivilcourage (Plakate/Veranstaltung am 20.04. am Jugendkulturcafe), des Frauenplenums Kamen (Interkulturelle Mutter-Kind-Gruppe), der VHS Kamen-Bönen (Kabarett gegen Rechts) und der Kamener Schulen (Theaterveranstaltungen). Vormerkmale gebe es noch für Schulen, den Stadtverband und die Kirchengemeinden. Die VHS, der Fachbereich Jugend und Soziales sowie die Zivilcourage planten ebenfalls noch Projekte. Darüber hinaus sollen das Gymnasium, die Käthe-Kollwitz-Schule, die Sonnenschule und die Schule In der Mark ebenfalls noch Förderungen erhalten. Der Dank gelte allen, die Aktivitäten gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit bereits initiiert haben oder noch durchführen möchten. Über die weiteren Maßnahmen erfolge im Herbst eine Information.

5. Zum Umbau der Feuer- und Rettungswache teilte Herr **Brüggemann** mit, dass die Arbeiten weit fortgeschritten seien und die Eröffnung in einigen Wochen stattfinden könne. Probleme bereite zurzeit die Zuweisung weiterer Fördermittel. Der Kreis Unna unterstütze die Argumente der Stadt gegenüber der Bezirksregierung. Über den Ausgang werde zu gegebener Zeit informiert.

Anfragen

1. Herr **Hupe** bat um einen Sachstandsbericht zum Schülerticket. Der fehlende Kurzstreckentarif werde von den Eltern als Mangel empfunden.

Herr **Baudrexl** erinnerte an seine Ausführungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.02.2001. Das Thema Schülerticket werde auf den verschiedenen Ebenen diskutiert, so auch in der Ständigen Kommission ÖPNV. Als Tendenz aus den vielen Gesprächen sei zu erkennen, dass die VKU und die Kommission dem Schülerticket nach dem Modell des Bonner Raums aufgrund der Unterschiede in Ballungsräumen und dem ländlichen Raum kritisch gegenüberstehen. Die Fun-Karte könnte das Schülerticket ersetzen. Herr Baudrexl informierte kurz über die Voraussetzungen und Tarife. Diese Karte sei nur wenig bekannt und solle künftig stärker beworben werden. Zum Prüfauftrag für die Einführung eines attraktiven Angebotes im Kurzstreckenbereich teilte Herr Baudrexl ferner mit, dass noch kein Ergebnis vorliege. Aus inoffiziellen Kreisen sei aber wenig Zustimmung zu hören.

Das Fun-Ticket wurde von Herrn **Hupe** und Herrn **Kissing** als unzureichendes Angebot gesehen. Es fehle zumindest eine Lösung im Kurzstreckenbereich.

2. Herr **Hasler** fragte an, wie die Verwaltung die geänderte Bezuschussung im Bereich des Feuerschutzes bewerte.

Die Förderungspauschale richte sich nach der Einwohnerzahl und der Stadtfläche erläuterte Herr **Brüggemann**. Da die Schlüsselzahl noch nicht bekannt sei, könne auch noch keine Bewertung vorgenommen werden. Offen sei u.a. auch die Frage, ob für größere Anschaffungen Rücklagen gebildet werden dürfen.

Auf die zusätzliche Frage von Herrn **Hasler**, warum der Feuerwehrturm nicht den Wünschen der Feuerwehr und der Anlieger entsprechend in einem roten Farbton gestrichen worden sei, antwortete Herr **Brüggemann**, dass die Farbauswahl diskutiert und Probeanstriche vorgenommen worden seien. Danach sei der rote Farb-anstrich allgemein verworfen worden.

3. Herr **Hasler** bat ferner um Mitteilung, wie die Verwaltung das Problem der im Stadtgebiet abgestellten LKW lösen wolle.

Es werde, so Herr **Brüggemann**, ein Konzept erarbeitet, das mit dem Personalrat abzustimmen sei.

Herr **Ebbinghaus** verließ den Sitzungssaal und nahm an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

4. Herr **Kissing** bezog sich auf den Beschluss zur Umsetzung des Projektes "Saubere Stadt Kamen" und fragte nach dem Sachstand über die Einrichtung eines Wertstoffhofes für das westliche Stadtgebiet.

Herr **Baudrexl** teilte mit, dass zurzeit Standortvorschläge erarbeitet würden. Die Vorstellung erfolge voraussichtlich nach der Sommerpause.

Zur Einführung der "Blauen Papiertonne" fragte Herr **Kissing** weiter an, wie lange die vertragliche Bindung laufe und ob die Verwaltung eine alternative Ausschreibung beabsichtige.

Der Vertrag laufe seines Wissens nach Ende 2002 ab, sagte Herr **Baudrexl**. Erst dann seien Aussagen über markgerechte Preise und spezielle Vertragssituationen möglich.

Herr **Kissing** bat ferner um Mitteilung, ob künftig ein anderer Unternehmer mit der Abfallsammlung beauftragt werden solle.

Es sei beabsichtigt, so Herr **Baudrexl**, die Restmüllabfuhr neu auszuschreiben. Die Thematik werde auf Kreisebene diskutiert. Die Entwicklung bleibe abzuwarten.

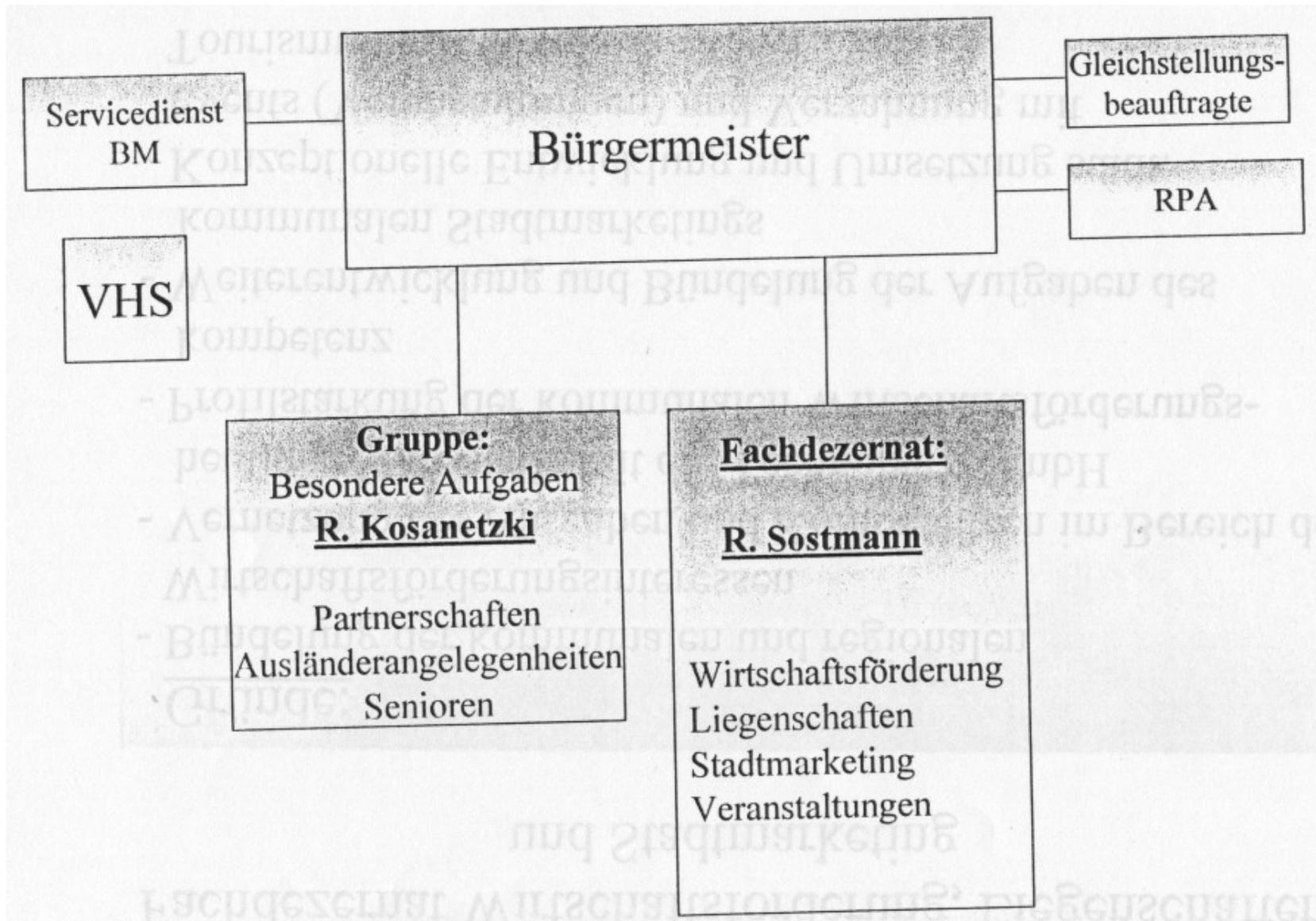
5. Herr **Kissing** fragte an, welche Stellung die Stadt Kamen in dem Prozess über die Müllgebührensatzung eingenommen habe.

Herr **Baudrexl** erläuterte die Ausgangslage und den Verfahrensablauf. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen habe am 31.05.2001 über die Klage der Städte Selm und Werne sowie der Gemeinde Holzwickede entschieden. Die Stadt Kamen sei im Hinblick auf den Prozesserfolg zunächst skeptisch gewesen, habe sich aber mit den klageführenden Kommunen solidarisch erklärt. Nachdem der Kreis Unna erklärt habe, dass sich ein Klageerfolg auf alle Kommunen auswirke, habe die Stadt Kamen ihre eigene Klage zurückgezogen. Eine schriftliche Urteilsbegründung liege noch nicht vor.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Erdtmann
Bürgermeister

gez. Lantin
Schriftführer



Fachdezernat Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Stadtmarketing

Gründe:

- Bündelung der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderungsinteressen
- Vernetzung der Aufgaben und Kompetenzen im Bereich der heutigen Stabsstelle mit der Technopark GmbH
- Profilstärkung der kommunalen Wirtschaftsförderungs-kompetenz
- Weiterentwicklung und Bündelung der Aufgaben des kommunalen Stadtmarketings
- Konzeptionelle Entwicklung und Umsetzung städt. Events (Veranstaltungen) und Verzahnung mit Tourismusstrukturen

VHS

Bürgermeister

Gleichstellungs-
beauftragte

RPA

Ronald Sostmann

Gruppe:
Büro des Bürgermeisters

C. Watolla

Gruppe:
Besondere Aufgaben
Partnerschaften
Senioren
Ausländer

R. Kosanetzki

Gruppe:
Wirtschaftsförderung,
Liegenschaften,
Stadtmarketing

H. Reich

Bis zur Umsetzung im Rahmen des Stellenplanes 2002 wird Herr R. Sostmann auf der Grundlage einer internen Verfügung von folgenden Aufgaben befreit:

- Büro des Bürgermeisters
- Besondere Aufgaben.

Diese Maßnahme ermöglicht Herrn Sostmann, sich schon jetzt intensiver auf die Aufgabengebiete Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Stadtmarketing zu konzentrieren.